



Referat Hannes Germann, Generalversammlung 2015 (es gilt das gesprochene Wort)

„Starker Service public in den Gemeinden – für Wohlstand und Lebensqualität in der Schweiz“

Sehr geehrte Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Gemeinden

Werte Gäste, sehr geehrte Damen und Herren

Wir alle profitieren täglich vom Service public, meist unbewusst. Vieles in unserem Alltag ist Teil der Service-public-Leistungen. Man denke an das sauber aufbereitete Wasser im morgendlichen Kaffee, den dank des funktionierenden Stromnetzes voll aufgeladenen Handy-Akku, oder die Geburtstagskarte der Grossmutter, die der Pöstler überbringt.

„Service public“ ist ein schwammiger Begriff, der seit langem heiss diskutiert wird. Es gibt kaum Übereinstimmung, was der Service public genau beinhalten, beziehungsweise leisten soll, schon gar nicht im Laufe der Zeit. Im frühen 19. Jahrhundert war es in Grossbritannien beispielsweise selbstverständlich, dass Dienstleistungen von Gastwirten zur Grundversorgung gehörten – da kann man schon mal Cheers sagen! Ein aktuelleres Beispiel bei uns in der Schweiz ist die Diskussion rund um die Abstimmung über das Billag-Referendum. Obwohl ursprünglich die Anpassung der Gebührenerhebung aufgrund der technologischen Entwicklung im Vordergrund stand, konzentrierte sich die Diskussion auf den Umfang der medialen Grundversorgung.

Gemäss einem Bericht des Bundesrats aus dem Jahr 2004 umfasst der Service public „eine politisch definierte Grundversorgung mit Gütern und Dienstleistungen, welche für alle Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes nach gleichen Grundsätzen in guter Qualität und zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen soll“. Zu den Grundversorgungsleistungen, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen, gehören Post, Telekommunikation, Radio und Fernsehen, der öffentliche Verkehr sowie die Nationalstrassen. Aber auch die Kantone und Gemeinden stellen einen bedeutenden Teil der Grundversorgung sicher: in der Bildung, der Wasser- und

Energieversorgung, der Abfallentsorgung sowie der Unterhaltung der Kantons- und Gemeindestrassen.

Gut ausgebaute Infrastrukturen und ein funktionierender Service public sind die Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität, aber auch für den Zusammenhalt in der Schweiz. Unbestritten ist ein starker Service public ein wichtiger Faktor im Standortwettbewerb um Bevölkerung und Unternehmen. Und damit ist der Service public eine wesentliche Voraussetzung für unsere erfolgreiche Volkswirtschaft.

Vom Service public sollen alle Einwohnerinnen und Einwohner gleichermassen profitieren können, unabhängig vom Wohnort oder ihrer finanziellen Situation. Diese Gleichbehandlung von Regionen und Gemeinden stärkt nicht zuletzt den nationalen Zusammenhalt. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch auf sozialer und kultureller Ebene. Das Programm der SRG beispielsweise deckt – unabhängig der Zuschauerquoten – alle Sprachregionen ab und fördert durch Beiträge über die verschiedenen Regionen das gegenseitige Verständnis und den nötigen Blick über den Tellerrand.

Ein guter Service public ist also in der ganzen Schweiz sicherzustellen, auch in peripheren Gebieten. Güter und Dienstleistungen der Grundversorgung müssen effizient und flächendeckend zur Verfügung stehen. Sparmassnahmen der öffentlichen Hand führen oftmals zu einem Abbau der Grundversorgung in peripheren Regionen. Gefährdet sind beispielsweise postalische Leistungen. In den letzten Jahren sind in ländlichen Gemeinden vermehrt Poststellen geschlossen und durch Postagenturen oder Heimservice ersetzt worden. Während die Postagenturen teilweise mit längeren Öffnungszeiten punkten können, sinkt das Angebot an postalischen Dienstleistungen beim Heimservice. Eine weitere Herausforderung in den Gemeinden stellt die medizinische Grundversorgung dar. Spitäler schliessen, Hausärzte gehen in Pension und Nachfolger sind nicht in Sicht. Diese Situation wird sich – ohne entsprechende Gegenmassnahmen – in den nächsten Jahren in einigen Regionen unseres Landes akut verschärfen.

Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist aber – wie erwähnt – ein wesentlicher Faktor bei der Standortwahl für die Bevölkerung und für viele Unternehmen. Unternehmen, die sich in einer Gemeinde niederlassen, schaffen Arbeitsplätze, generieren Mehreinnahmen für die Gemeinden und ermöglichen eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, auch in peripheren Regionen.

Das gilt für alle Unternehmen, insbesondere auch für Anbieter von Grundversorgungsleistungen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Gesundheitszentrum im Val Müstair, dem östlichsten Tal der Schweiz. Es ist Spital, Alters- und Pflegeheim in einem, ausserdem sind Spitex, Physiotherapie sowie eine Mütterberatung im gleichen Haus untergebracht. Das Spital ist der grösste Arbeitgeber in der Region und wirkt durch die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung, aber auch

durch die Erhaltung von Arbeitsplätzen der drohenden Abwanderung erfolgreich entgegen. Nebst wirtschaftlichen Aspekten geht es in diesem Beispiel also ganz konkret auch um den gesellschaftlichen Wohlstand, sprich die Lebensqualität der lokalen Bevölkerung.

Umso zentraler erscheint die schweizweite Diskussion zum Umfang und der konkreten Ausgestaltung des Service public. Steigende Ansprüche der Bevölkerung und knapper werdende Ressourcen schränken den Handlungsspielraum zunehmend ein und erfordern, dass wir uns auf allen staatlichen Ebenen mit dem Umfang und den Aufgaben des Service public auseinandersetzen. Einig ist man sich dabei grundsätzlich darin, dass alle Bevölkerungsgruppen einen Anspruch auf eine angemessene Versorgung mit Service Public-Leistungen haben. Was „angemessen“ jedoch konkret bedeutet, darüber gehen die Meinungen stark auseinander.

Das sieht man exemplarisch bei Diskussionen zur Schliessung von Poststellen, Spitälern, Schulen und Bibliotheken. Nimmt man das Beispiel der Schulen in peripheren Gemeinden, stellen sich konkrete Fragen zur Grundversorgung. Gehört eine eigene Schule in der Gemeinde zur flächendeckenden Grundversorgung? Wie lange dürfen die Schulwege sein? Soll die Schule trotz starker Unterbelegung weitergeführt werden? Welche Folgen bringt eine Schliessung der Schule mit sich? All diese Fragen müssen im politischen Prozess unter Anhörung aller Betroffenen diskutiert und beantwortet werden.

Eine breite Diskussion erhöht die Legitimation der Entscheide und kann zu innovativen Lösungen führen. Wie im Beispiel der Dorfschule Weisstannen im Kanton St.Gallen. Durch die Integration von Kindern aus dem Tal, wo die Klassen überfüllt waren, konnte der Erhalt dieser peripheren Schule gewährleistet werden. Dass der Diskussionsbedarf auch bei anderen Grundversorgungsleistungen besteht, zeigt auch die Initiative „pro Service public“. Diese Initiative liefert aus Sicht des Schweizerischen Gemeindeverbandes jedoch die falschen Antworten zur Weiterentwicklung des Service public. Unser Direktor geht im nächsten Programmpunkt noch etwas näher darauf ein.

Der Service public steht vor einigen Herausforderungen. Steigende Anforderungen der Bevölkerung, Kostendruck und Forderungen nach mehr Effizienz und als dessen Folge der Abbau von Grundversorgungsleistungen. Aber auch der teilweise unklare Auftrag der Politik an den Service public und die Veränderungen von Gesellschaft und Technik. Die sich wandelnden Bedürfnisse der Bevölkerung und neue Formen der Leistungserbringung lassen aber auch Chancen entstehen. So kann die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, eine Partnerschaft mit Dritten oder gar eine teilweise Marktöffnung die Qualität und die Quantität der Grundversorgung erhöhen. Auch E-Government hat grosses Potenzial. Die Nähe zu den Bürgern verspricht einen grösseren Austausch zwischen der Gesellschaft und der Verwaltung. Dadurch kann besser und einfacher auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagiert und ein bürgernaher Service public geboten werden. Als Beispiel ist „eHealth“ zu nennen. Dabei werden alle Gesundheitsdaten der Patienten zentral erfasst

und die Voraussetzungen für eine elektronische Vernetzung und eine bessere Koordination der Versorgung geschaffen. Dank der besseren Verfügbarkeit aller notwendigen Daten werden Sicherheit und Qualität geschaffen und längerfristig die Kosten im Gesundheitswesen gesenkt.

Der Schweizerische Gemeindeverband fordert einen weiterhin qualitativ hochstehenden und flächendeckenden Service public in der ganzen Schweiz, der allen offen steht. Dadurch bleibt der Standortvorteil der Schweiz bestehen und ermöglicht weiterhin Wohlstand und Lebensqualität auch in peripheren Regionen. Gemeinden, Kantone und Unternehmen, die einen Grundversorgungsauftrag wahrnehmen, sollen von der Politik gestärkt und unterstützt werden. Weiter muss bei nationalen und kantonalen Diskussionen mit Auswirkungen auf die Grundversorgung in den Gemeinden der Einbezug der kommunalen Interessen gewährleistet sein.

Diese Forderungen sollen aber nicht einfach im leeren Raum verhallen. Der Schweizerische Gemeindeverband wird die Diskussionen rund um die Grundversorgung mit allen relevanten Akteuren weiterführen und den Umfang und die Aufgaben des Service public möglichst im Sinne der Gemeinden festlegen. Was soll die Grundversorgung beinhalten? Wie viel Service public will und kann sich die Schweiz leisten? Was darf er kosten? Dabei vertritt der Schweizerische Gemeindeverband konsequent und mit Überzeugung die Interessen aller Gemeinden, darauf können Sie zählen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.